

Andelfinger Zeitung, Dienstag, 28. Oktober 2025

## Flughafen und Wohnungsnot

von Dr. Jeannette Wibmer, Kantonsrätin und Präsidentin Die Mitte Bezirk Andelfingen  
28. Oktober 2025



Ein dringliches Postulat forderte mehr Transparenz bei Spenden des Flughafens. Demnach sollte der Regierungsrat rückwirkend alle Spenden, Mitglieder- und Kampagnenbeiträge, die seit 2020 von der Flughafen Zürich AG bezahlt wurden, mit Datum, Betrag, Empfänger und Zweck publizieren. Die Kantonsratsmehrheit lehnte dies ab, da der Flughafen schon seit 2023 überhaupt keine Parteispenden mehr entrichtet, sondern nur noch Anliegen finanziell unterstützt, die inhaltlich direkt seine Unternehmensinteressen betreffen. Zudem publiziert er diese Spenden schon freiwillig detailliert, und diese sind im Verhältnis zu seinen 50 Mio. Franken Dividenden pro Jahr an den Kanton betragsmässig unbedeutend. Letztes Beispiel vor Kurzem war die Abstimmung über die für die Sicherheit unseres Flugverkehrs dringend erforderliche Pistenverlängerung.

Der Rat war deshalb gegen eine Ungleichbehandlung der für unseren Wirtschaftsstandort bedeutenden, rein privatwirtschaftlichen Flughafen Zürich AG mit anderen börsenkotierten Unternehmen. Dies auch, weil der Kanton als Aktionär von ihr rechtlich nicht anders behandelt werden darf als alle ihre anderen Aktionäre. Zwar verfügt die Regierung durch ihre Vertretung im Verwaltungsrat über die entsprechenden Informationen, darf sie aber gemäss geltendem Obligationenrecht für Aktiengesellschaften eben nicht eigenmächtig öffentlich publizieren. Es gilt: Bundesrecht bricht kantonales Recht.

Der Kantonsrat beriet weiter die Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen, die fordert, dass der Kanton mit 500 Millionen Franken solche Wohnungen selbst bereitstellt. In der Diskussion war er mehrheitlich der Meinung, dass die wenigen Hundert damit kantonsweit erstellbaren Wohnungen nur ein Tropfen auf den heissen Stein wären. Weiter zeige das Beispiel der Stadt Zürich (wo eine städtische Wohnbauförderung besteht), dass dieses staatliche Handeln das Wohnungsproblem dort nicht lösen kann, sondern nur dazu führt, dass ein Drittel der Wohnbevölkerung statt einer Marktmiete eine subventionierte Kostenmiete bezahlt, also dadurch gegenüber anderen Wohnungssuchenden privilegiert wird. Jedoch anerkannte der Rat, dass im Kanton Wohnungsnot (Leerwohnungsbestand unter 0,5 Prozent) und eine Differenz zwischen Bestandes- und Angebotsmiete bestehen, indem statt bezahlbaren teure Luxuswohnungen gebaut werden. Der Rat befürwortete deshalb mehrheitlich einen Gegenvorschlag, womit günstigere Rahmenbedingungen für ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Wohnungsangebot durch private Liegenschaftsunternehmen und Pensionskassen geschaffen und ökologische Bauweisen gefördert werden sollen. Entsprechend sei der Regierungsrat zu verpflichten, innert dreier Jahre entsprechende Vorschläge zu konkretisieren und dem Rat vorzulegen, womit dieser ausdrücklich einverstanden war.

Auch wir von der Mitte sind überzeugt, dass sich so die Wohnungsnot praktisch wirksamer bekämpfen lassen wird, als nur mit einer Scheinlösung wie in der Stadt Zürich.